

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

„Ein Jahr Corona-Pandemie: Wie sich die Krise auf die Erwerbsstruktur und die finanzielle Lage von Familien auswirkt“

10. März 2021, 10.00 Uhr

Welche Bevölkerungsgruppen weisen ein höheres Risiko von Einkommensverlusten durch Arbeitslosigkeit oder Corona-Kurzarbeit auf? Welche Auswirkungen hatte die Pandemie auf die Erwerbssituation in den Familien? Wie gestaltet sich die finanzielle Lage von betroffenen Familien?

Ein Jahr nach Beginn der Corona-Krise richtet das Mediengespräch den Fokus gezielt auf die Familien: Auf Basis aktueller Befragungsdaten wird gezeigt, wie sich krisenbedingte Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit auf die Einkommenssituation von Familien mit Kindern auswirkten. Der Anteil armutsgefährdeter Familien ist deutlich gestiegen. Trotz Ersatzleistungen, Einmalzahlungen und Härtefonds gerieten viele Familien in eine finanzielle Schieflage und mussten zum Teil auf Ersparnisse zurückgreifen oder sich verschulden, um den normalen Lebensunterhalt zu bestreiten. Alleinerziehende sowie Paare mit kleinen oder mehr als zwei Kindern waren dabei besonders stark betroffen.

Inputs:

Dr. Stefan Vogtenhuber (Soziologe, Institut für Höhere Studien und Universität Wien): Wer war in Kurzarbeit und was passierte dann? Erwerbsverläufe seit Beginn der Pandemie auf Basis aktueller Arbeitsmarktzahlen.

Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Nadia Steiber (Soziologin, Universität Wien und Institut für Höhere Studien): Auswirkungen der Arbeitsmarktkrise auf die Erwerbssituation in Haushalten mit Kindern: Aktuelle Befragungsergebnisse.

Christina Siegert, MA (Soziologin, Universität Wien): Wie entwickelten sich die Haushaltseinkommen im ersten Jahr der Krise? Aktuelle Befragungsergebnisse zur finanziellen Lage von Familien.

Moderation: Dr. Manfred Krenn (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

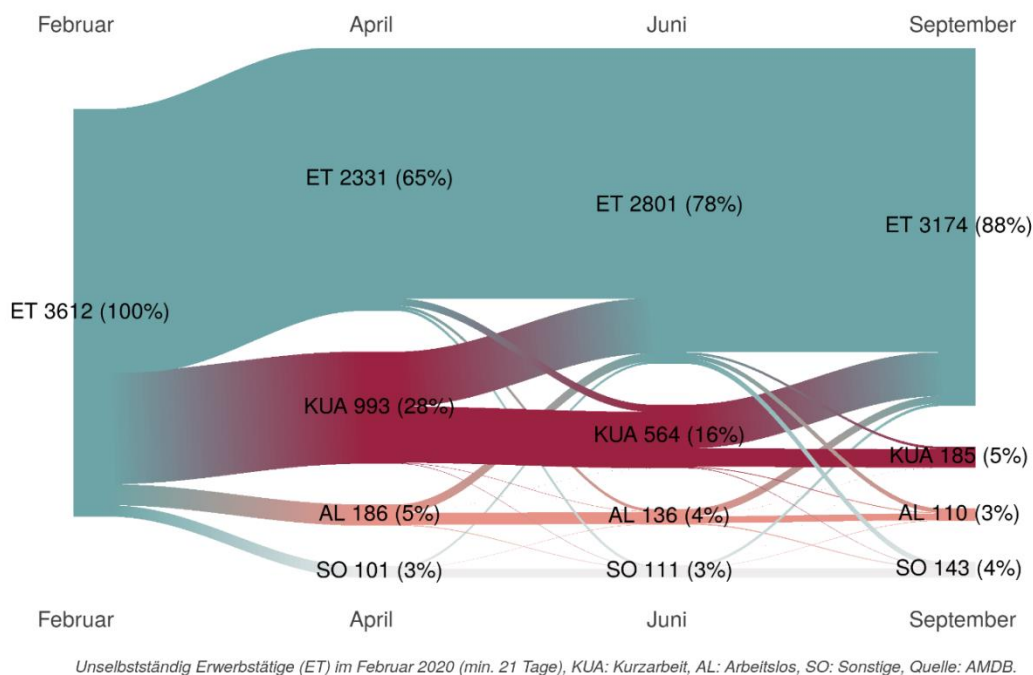
(1) Stefan Vogtenhuber & Nadia Steiber: Wer war in Kurzarbeit und was passierte dann? Erwerbsverläufe seit Beginn der Pandemie auf Basis aktueller Arbeitsmarktzahlen

Das arbeitsmarktpolitische Instrument der Corona-Kurzarbeit wurde seit Beginn der Krise rasch und breit eingesetzt. Für die beiden abgeschlossenen Phasen können Erwerbsverläufe nachgezeichnet werden. In der ersten Phase der Corona-Kurzarbeit von März bis Ende Mai waren insgesamt rund 1,1 Mio. Menschen zumindest einmal in Kurzarbeit; in der zweiten Phase von Juni bis Ende September waren es 700.000 Menschen.¹ Von den rund 3,6 Mio. unselbstständig Beschäftigten vor Ausbruch der Krise im Februar 2020² waren bis Ende Mai 231.000 Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen, in der zweiten Phase waren es mit 241.000 etwas mehr. Insgesamt wurden zwischen März und September knapp 315.000 Personen arbeitslos. Gleichzeitig konnten aufgrund der Lockerungen im Sommer 2020 wieder mehr Menschen aus der Kurzarbeit in die reguläre Beschäftigung zurückkehren.

Die Erwerbsverläufe der im Februar 2020 noch Erwerbstätigen

Wie Abbildung 1 zeigt, waren zum Höchststand im April knapp 1 Mio. Menschen in Kurzarbeit, bis Juni hat sich diese Zahl fast halbiert und im September waren es noch etwa 185.000. **Die Abgänge aus der Kurzarbeit erfolgten fast ausschließlich in die reguläre Beschäftigung** — kaum in die Arbeitslosigkeit. Unter den unselbstständig Erwerbstätigen des Februars war im September 2020 ein Anteil von rund 3% arbeitslos oder in Schulung und rund 4% verließen den Arbeitsmarkt (hauptsächlich Pensionierungen).

Abb. 1: Übergänge der 3,6 Mio. im Februar 2020 unselbstständig Beschäftigten (in Tausend bzw. %)



¹ Wir betrachten die tatsächlich abgerechneten Förderungen/Fälle bis Ende September 2020. Diese Zahlen sind daher niedriger als jene der zu Kurzarbeit angemeldeten Beschäftigten.

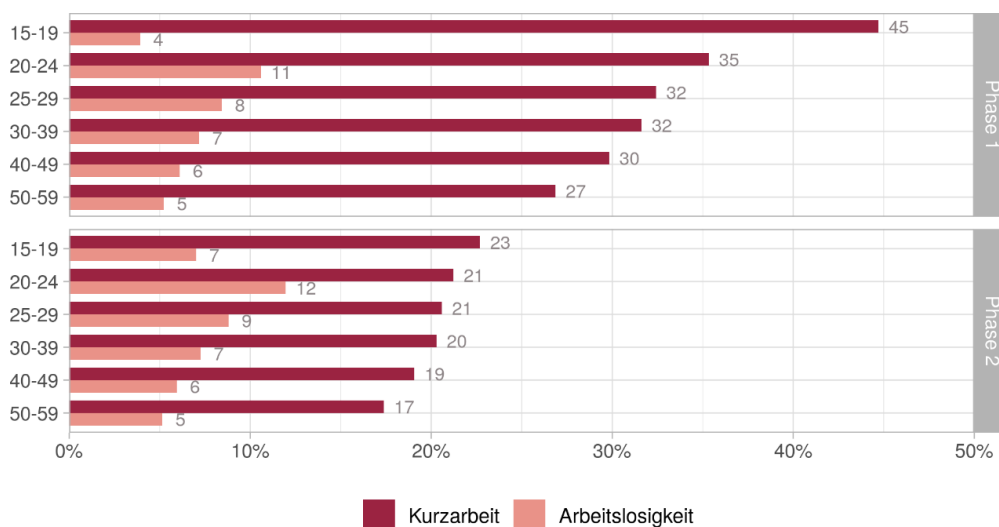
² Diese Zahl bezieht sich auf alle unselbstständigen Erwerbstätigen, die im Februar 2020 zumindest 21 Tage lang über der Geringfügigkeitsgrenze erwerbstätig waren.

Die starke Betroffenheit junger Erwerbstätiger

Von den mit Kurzarbeit und insbesondere mit Arbeitslosigkeit verbundenen Verlusten an Einkommens- und Beschäftigungschancen zeigen sich verschiedene Personengruppen in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. Am stärksten betroffen sind dabei Jugendliche. Die Corona-Krise trifft damit nicht nur junge Menschen in (Aus-)Bildung, sondern auch jene am Beginn ihres Erwerbslebens besonders hart.

Unter den im Februar 2020 Erwerbstätigen verblieben in der Gruppe der 15-24-Jährigen bis Ende Mai nur etwa die Hälfte in regulärer Beschäftigung. Ganze 45% der 15-19-Jährigen (vorwiegend Lehrlinge) wurden zwischen März und Mai in Kurzarbeit geschickt, wodurch Lehrabbrüche bzw. Arbeitslosigkeit zu einem großen Teil vermieden werden konnten (siehe Phase 1 in Abb. 2). In der Gruppe der 20-24-Jährigen wurde im Gegensatz dazu mehr als jede/r Zehnte in diesem Zeitraum arbeitslos. Das Risiko Corona-bedingter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sank in dieser Phase deutlich mit dem Alter und der Arbeitsmarkterfahrung. Im Zeitraum zwischen Juni und September (Phase 2) waren insgesamt weniger der im Februar 2020 Erwerbstätigen in Kurzarbeit und das Kurzarbeitsrisiko variiert weniger stark mit dem Alter. Allerdings erhöhte sich in der Gruppe der 15-19-Jährigen die Zahl der Arbeitslosen.

Abb. 2: Corona-bedingte Arbeitsmarktrisiken, nach Alter (März bis September 2020 in %)



Die Dauer der Kurzarbeit

Ein geringer Anteil der KurzarbeiterInnen (rund 7%) war zwischen März und September durchgehend in Kurzarbeit. Die Mehrheit (52%) war in diesem Zeitraum bis zu 3 Monate und weitere 41% bis zu 6 Monate in Kurzarbeit. In den jungen Altersgruppen zeigt sich allerdings eine Geschlechterdifferenz zuungunsten von jungen Frauen, deren Verweildauer größer war als jene von jungen Männern.

Das Ausmaß der Stundenreduktion in der Kurzarbeit

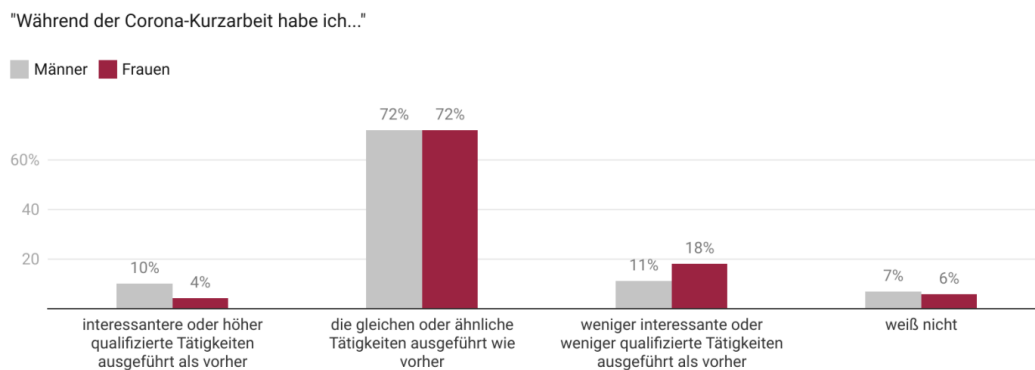
Auf Basis der [AKCOVID-Befragung](#) konnten Informationen zum Ausmaß der Stundenreduktion in der Kurzarbeit und zur Art der Tätigkeiten während der Kurzarbeit gewonnen werden. Die Ergebnisse zeigen, dass in Phase 1 der Kurzarbeit mit dem/r Arbeitgeber*in vereinbart wurde durchschnittlich **rund 45% der normalen Stunden** zu arbeiten, wobei diese Vereinbarungen vorsahen, dass Frauen ihre Stunden im Schnitt stärker reduzierten als Männer (Reduktion auf 38% bei den Frauen; auf 50% bei den Männern). Die unter 30-Jährigen vereinbarten im Durchschnitt eine geringe Stundenreduktion (auf rund 50%) als die 30- bis unter 50-Jährigen (rund 42%). Die Ergebnisse zeigen mithin, dass viele Kurzarbeiter*innen in einem bedeutsamen Ausmaß

berufstätig waren. Nur rund ein Fünftel gab an, während der Kurzarbeit *meist gar nicht* gearbeitet zu haben (d.h. Minimum von 10% der normalen Stunden im Durchrechnungszeitraum). Umgekehrt gab ein Fünftel der zu Kurzarbeit Angemeldeten an, nicht weniger gearbeitet zu haben (und wurden dementsprechend auch nicht abgerechnet). Unter jenen, die im Juni 2020 in Kurzarbeit waren, **sanken die durchschnittlich gearbeiteten Stunden von rund 36 auf 24 Stunden pro Woche**, was einer Reduktion auf 66% der normalen Stunden entspricht; die Reduktion war bei den Frauen etwas stärker (von rund 32 auf 20 Stunden, d.h. auf 63%) als bei den Männern (von rund 40 auf 28 Stunden, d.h. auf 70%). Es wurde also im Schnitt mehr gearbeitet als vereinbart und damit wurden auch nicht alle für die Kurzarbeit budgetierten Mittel ausgeschöpft.

Das Risiko Kurzarbeit-bedingter Dequalifizierung

Aus Sicht der Bildungs- und Arbeitsmarktforschung besteht die Befürchtung, dass es während langer Phasen von Kurzarbeit mit starken Stundenreduktionen — also, wenn längere Zeit kaum gearbeitet wird — zu einem Verlust an Humankapital kommen kann (analog zu Arbeitslosigkeit). In der Kurzarbeit bestehen weniger Möglichkeiten für das Lernen berufsrelevanter Fähigkeiten von Kolleg*innen oder Vorgesetzten bzw. für die Anwendung und Aktualisierung berufsspezifischer Kompetenzen. Dieses *informelle Lernen* am Arbeitsplatz sowie der Kompetenzerwerb als Nebenprodukt produktiver Arbeit ist insbesondere für junge Menschen zentral für die Entwicklung ihrer beruflichen Fähigkeiten. Vor diesem Hintergrund ist es positiv zu bewerten, dass die Hälfte der Kurzarbeiter*innen drei Monate oder kürzer in Kurzarbeit waren (s. oben), dass jüngere Kurzarbeiter*innen ihre Stunden im Schnitt weniger stark reduzierten und nur selten gar nicht gearbeitet haben. Allerdings zeigt die Befragung auch, dass in der Kurzarbeit **häufig weniger interessante oder weniger qualifizierte Tätigkeiten** ausgeführt wurden. Dies betraf insbesondere Frauen (rund 18%) und die unter 30-Jährigen (rund ein Viertel).

Abb. 3: Qualität der Tätigkeiten in der Kurzarbeit



Sample: Personen in Corona-Kurzarbeit zwischen März und Juni 2020 (N=481 Befragte).
 Chart: Nadia Steiber • Source: AKCOVID Survey 2020, Daten erhoben im Juni 2020 • Created with Datawrapper

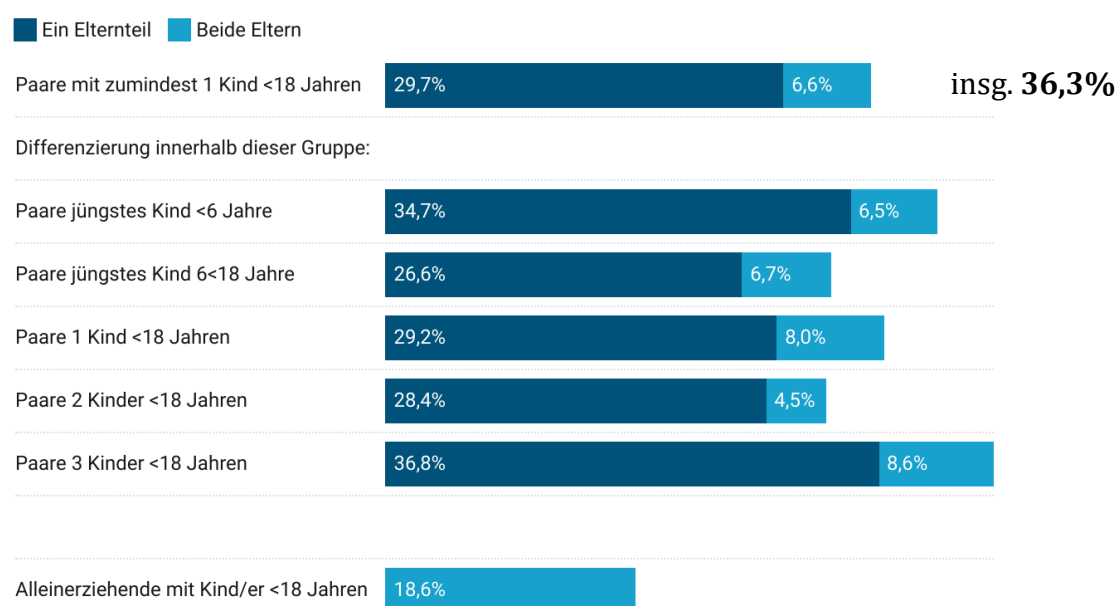
In weiterer Folge gaben im Jänner 2021 rund 19% der ehemaligen Kurzarbeiter*innen an, dass sie auch nach Rückkehr in die reguläre Beschäftigung weiterhin *weniger interessante oder weniger qualifizierte Tätigkeiten* ausführen als dies vor der Kurzarbeit der Fall war. Auf längere Sicht gesehen deutet dies auf einen Verlust beruflicher Fähigkeiten als mögliche Krisenfolge. Die Alternative zu Kurzarbeit —Arbeitslosigkeit— hat hier klarerweise keine bessere Prognose. Es scheint jedoch in Anbetracht eines Risikos von nachhaltigen Produktivitätsverlusten durch lange Phasen von Kurzarbeit umso dringlicher, die Qualifizierung in der Kurzarbeit zu fo(ö)rdern. In der Befragung gaben rund 86% der Kurzarbeiter*innen an, während der Kurzarbeit keine berufliche Weiterbildung gemacht zu haben.

(2) Nadia Steiber & Christina Siegert: Auswirkungen der Arbeitsmarktkrise auf die Erwerbssituation in Haushalten mit Kindern: Aktuelle Befragungsergebnisse

Arbeitsmarktrisiken wie Arbeitslosigkeit bzw. Einkommensverluste aufgrund von Kurzarbeit können sich in den Familien zuspitzen, weil wir dazu neigen, Paarbeziehungen mit Menschen einzugehen, die ähnliche Eigenschaften (z.B. hinsichtlich Alter und Bildung) aufweisen und damit ähnliche (Risiko)Positionen am Arbeitsmarkt einnehmen. Wie aktuelle Befragungsdaten aus der [AKCOVID-Studie](#) der Universität Wien und des Instituts für Höhere Studien zeigen, stieg das Risiko von Einkommensverlusten in manchen Familien stark an. Da wir von AMS-Daten nicht auf die Erwerbssituation und die finanzielle Lage von Familien schließen können, nimmt diese Studie Familien mit Kindern in den Blick und bietet eine empirische Grundlage für die Beurteilung ihrer derzeitigen Lage.³

In einem ersten Schritt wurde der Anteil jener Familien geschätzt, die als Zielgruppe für Hilfe aus dem [Corona-Familienhärtefonds](#) definiert wurden. Die Studie schätzt, dass die Anspruchsvoraussetzungen für Hilfe aus Härtefonds von bis zu **einem Drittel der Familien** mit zumindest einem minderjährigen Kind erfüllt wurden. D.h., in etwa jeder dritten Familie mit zwei Eltern im gemeinsamen Haushalt war im Juni 2020 entweder ein Elternteil (29,7%) oder waren sogar beide Eltern (6,6%) entweder arbeitslos oder in Kurzarbeit (gesamt: 36,3%). Eingeschränkt auf erwerbsnahe Familien, in denen vor Beginn der Krise noch beide Eltern über der Geringfügigkeitsgrenze erwerbstätig waren, ergibt sich immer noch ein Anteil von rund 33,6%.

Abbildung 3: Familien mit Kind/ern von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen



AKCOVID Survey Welle 1 im Juni 2020. Haushalte mit Kindern (N=905 Befragte, davon 799 Paare mit minderjährigem/n Kind/ern und 106 Alleinerziehende mit minderjährigem/n Kind/ern)

Die Daten für Juni 2020 zeigen, dass v.a. Paare mit kleinen, noch nicht schulpflichtigen Kindern sowie Paare mit mehr als zwei Kindern besonders häufig betroffen waren. Auch jede/r fünfte Allein-erziehende (18,6%) war im Juni entweder arbeitslos oder in Kurzarbeit. Das könnte die finanzielle Lage dieser schon vor der Krise stark armutsgefährdeten Gruppe verschärfen.

Die aktuellen Befragungsdaten aus der [AKCOVID-Studie](#) zeigen, dass der Anteil der Familien, in denen zumindest ein Elternteil arbeitslos oder in Kurzarbeit war von rund **8%** vor der Krise (Februar 2020) auf **mehr als ein Drittel** drei Monate nach Beginn der Krise (Juni

³ Die Daten aus der EU-SILC Befragung der Statistik Austria für 2020 stehen noch nicht zur Verfügung.

2020) gestiegen ist, nun jedoch aufgrund der Entwicklungen am Arbeitsmarkt (siehe Input 1 oben, d.h. rückläufige Zahl an Kurzarbeiter*innen) wiederum auf **rund 23%** gesunken ist.

Abbildung 2: Von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen, im Zeitverlauf

Paare mit zumindest 1 Kind im Alter von <18 Jahren

■ Ein Elternteil ■ Beide Eltern

Februar 2020

7,1%

insg. **8,0%**

Juni 2021

29,7%

6,6%

insg. **36,3%**

Jänner 2021

19,0%

3,6%

insg. **22,6%**

AKCOVID Survey. Haushalte mit Kindern (N=799 Befragte in W1 und 531 Befragte in W2)

In einem zweiten Schritt untersuchten wir auf Basis der Befragungsdaten, welche Auswirkung die veränderte Erwerbssituation in den Familien auf ihre finanzielle Lage hatte. Wie wir im Rahmen von Input 3 (siehe unten) zeigen, hatten die hier identifizierten ‚Härtefall-Familien‘ im Juni 2020 bzw. auch noch im Jänner 2021 teils starke finanzielle Probleme.

(3) Christina Siegert und Nadia Steiber: Wie entwickelten sich die Haushaltseinkommen im ersten Jahr der Krise? Aktuelle Befragungsergebnisse zur finanziellen Lage von Familien

Die Arbeitsmarktkrise wirkt sich nicht nur auf die Erwerbssituation in Haushalten mit Kindern aus, sondern auch auf deren finanzielle Lage. Zwar konnten durch die Einführung der Corona-Kurzarbeit viele Jobs gesichert werden, der damit verbundene Einkommensverlust von 10% bis 20% ist für viele Beschäftigte dennoch existenzbedrohend. Insbesondere Niedriglohnbeschäftigte, die bereits vor der Krise nur schwer mit ihrem Einkommen auskamen, sind mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert. Da das vertragliche Bruttoeinkommen die Berechnungsgrundlage des Kurzarbeitsgeldes ist, entfallen Einkommenskomponenten wie Trinkgeld und Überstundenentgelt, die in vielen Bereichen elementare Bestandteile des Nettoeinkommens sind. Auch die hohen Arbeitslosenzahlen und Umsatzeinbußen im Kontext selbständiger Beschäftigung wirken sich auf die finanzielle Lage privater Haushalte aus. Um krisenbedingte Einkommensverluste abzufedern, gab es zusätzlich zu den Ersatzleistungen auch Einmalzahlungen für Arbeitslose und es wurden Härtefallfonds geschaffen, z.B. für Familien mit Kindern ([Corona-Familienhärtefonds](#), Ausschüttung von [rd. 120 Millionen Euro an rd. 90.000 Familien](#)).

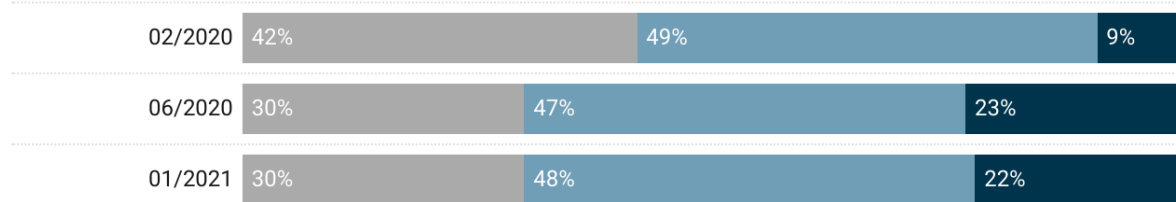
Wie entwickelten sich die Haushaltseinkommen von Familien mit Kindern im ersten Jahr der Krise? Anhand der [AKCOVID-Daten](#) zeigt sich, dass sich unter den Familien mit minderjährigem/n Kind/ern der Anteil jener, die mit ihrem Haushaltseinkommen nur mehr schwer zurechtkamen, drei Monate nach Beginn der Krise mehr als verdoppelt hat, von 9% im Februar 2020 auf 23% im Juni 2020 (Abb. 1). Zu diesem Zeitpunkt mussten rund 20% der Familien mit Kind/ern bereits auf Ersparnisse zurückgreifen oder sich verschulden, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Es kam mithin trotz Ersatzleistungen, Einmalzahlungen und Härtefonds zu einem deutlichen Anstieg der ‚subjektiven Armutsgefährdung‘ in den Familien. Obwohl sich der Anteil von Eltern in Kurzarbeit stark verringerte (siehe Input 2), befand sich im Jänner 2021 nach wie vor etwa jede fünfte Familie mit Kind/ern (22%) in einer finanziellen Schieflage (Abb. 1). Der aus Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit resultierende finanzielle Schock wirkt sich längerfristig auf das Haushaltsbudget aus.

Abbildung 1 Einkommenssituation von Familien mit Kind/ern im Zeitverlauf

"Wie würden Sie die Einkommenssituation ihres Haushalts beurteilen - vor Beginn der Corona-Krise im Februar 2020 im Vergleich zu heute? Mit dem Haushaltseinkommen konnte ich bzw. konnten wir ..."

■ bequem zurechtkommen ■ zurechtkommen ■ (sehr) schwer zurechtkommen

Familien mit Kind/ern



AKCOVID Survey. Haushalte mit Kindern <18 Jahren (N= 901 Befragte im Juni 2020, 607 Folgebefragte im Jänner 2021).

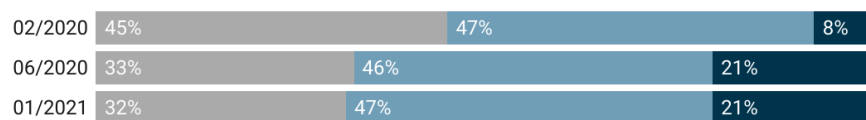
Die Corona-bedingte Armutsgefährdung ist bei den Alleinerziehenden besonders stark ausgeprägt. Im Juni 2020 kam jede/r dritte Alleinerziehende nur mehr schwer mit dem Haushaltseinkommen zurecht (Abb. 2). Zu einer verstärkten subjektiven Armutsgefährdung kam es auch in Familien mit mehr als zwei Kindern (Anstieg des Anteils dieser Familien, die nur mehr schwer mit dem Haushaltseinkommen zurechtkamen von rund 14% in Februar 2020 auf rund 35% im Juni). [Laut amtlicher Statistik](#) waren Alleinerziehende sowie Mehrkindfamilien (d.h. Familien mit mehr als zwei Kindern) bereits vor der Krise häufig armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote von Alleinerziehenden betrug 2019 knapp 30%, jene von Mehrkindfamilien war bereits vor der Krise mit 20% etwa doppelt so hoch als in Familien mit einem oder zwei Kind/ern. Es besteht die Gefahr, dass sich die finanzielle Situation dieser Familien durch die Corona-Krise weiter verschärft.

Abbildung 2 Einkommenssituation während der COVID-19-Krise nach Haushaltsform

"Wie würden Sie die Einkommenssituation ihres Haushalts beurteilen - vor Beginn der Corona-Krise im Februar 2020 im Vergleich zu heute? Mit dem Haushaltseinkommen konnte ich bzw. konnten wir ..."

■ bequem zurechtkommen ■ zurechtkommen ■ (sehr) schwer zurechtkommen

Paarhaushalte mit Kind/ern



Alleinerziehende mit Kind/ern



Fallzahl zu niedrig, um prozentuelle Anteile auszuweisen

AKCOVID Survey. Haushalte mit Kind/ern <18 Jahren (N= 901 Befragte im Juni 2020, davon 796 Paarhaushalte und 105 Alleinerziehende. 607 Wiederbefragte im Jänner 2021, davon 529 Paarhaushalte und 78 Alleinerziehende).

Besonders deutlich werden die Pandemie-Auswirkungen in der Gruppe der ‚erwerbsnahen‘ Familien, in denen im Februar 2020 noch beide Eltern über der Geringfügigkeitsgrenze erwerbstätig waren, krisenbedingt jedoch mindestens ein Elternteil arbeitslos wurde oder für Kurzarbeit angemeldet war (Zielgruppe des Familienhärtefallfonds, siehe Input 2). Während im Februar 2020 noch rund 55% dieser Familien bequem von ihrem Haushaltseinkommen leben konnten, sank dieser Anteil bis Juni 2020 auf knapp unter 30%. Umkehrt erhöhte sich der Anteil dieser ehemals erwerbsnahen Familien, die nur mehr schwer mit ihrem Haushaltseinkommen zurechtkamen von rund 4% auf 32% im Juni 2020. Dieser Anteil blieb bis Jänner 2021 auf diesem hohen Niveau (rund 28%). Während also vor der Coronakrise noch mehr als die Hälfte der erwerbsnahen Familien gut mit ihrem Haushaltseinkommen leben konnten, ist mittlerweile rund ein Drittel subjektiv armutsgefährdet.

Anhand der [AKCOVID-Studie](#) wird deutlich, dass viele Familien während der Krise in eine finanzielle Schieflage gerieten und nicht von den Hilfsmaßnahmen aufgefangen werden konnten. Einerseits verschärfte sich die Situation derer, die bereits vor der Krise ein erhöhtes Armutsrisiko aufwiesen. Andererseits verzeichnen auch jene Haushalte finanzielle Einbußen, die durch ihre Erwerbsnähe vor Armut geschützt schienen. Damit deuten unsere Forschungsergebnisse auf eine Verschärfung der Armutsbetroffenheit in Österreich hin.

Unterstützungsmaßnahmen für Familien in Österreich präsentieren sich derzeit als Flickenteppich mit vielen Zugangshürden. Statt punktueller, kurzfristiger Hilfsangebote bzw. auch statt der pauschalen Hilfeleistungen für *alle* Familien (z.B. Sonder-Familienbeihilfe) braucht es nachhaltige, auf die spezifischen Zielgruppen zugeschnittene Maßnahmen, um Familien abzusichern. Sinnvoll wäre beispielsweise eine Anhebung des monatlichen Familienzuschlags für arbeitslose Eltern. Zugangshürden beim Familienhärtefonds gilt es abzubauen und Bezüge über die dreimonatige Frist hinaus zu ermöglichen – schließlich befinden wir uns mittlerweile seit einem Jahr in der Krise, ein baldiges Ende ist nicht in Sicht. Auch Einkommenseinbußen, die durch ausbleibenden Unterhalt und durch den Verlust geringfügiger Jobs entstehen, müssen ersetzt werden.

Über die Expert*innen

[Christina Siegert](#), MA ist Universitätsassistentin am Institut für Soziologie der Universität Wien. Sie forscht zu den Themen Armut, (un)bezahlte Arbeit und Sozialpolitik. – christina.siegert@univie.ac.at

[Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Nadia Steiber](#) ist Professorin am Institut für Soziologie der Universität Wien und Fellow am Institut für Höhere Studien (IHS). Sie forscht zu den Themen Sozialstruktur, Bildung und Erwerbsverläufe sowie Arbeitsbedingungen und Gesundheit. – nadia.steiber@univie.ac.at

[Dr. Stefan Vogtenhuber](#) ist Universitätsassistent am Institut für Soziologie der Universität Wien und Senior Researcher am Institut für Höhere Studien (IHS). Er forscht zu den Themen Bildung, Aus- und Weiterbildung insbesondere im Hinblick auf Beruf und Beschäftigung. – stefan.vogtenhuber@univie.ac.at

Kontakt für Rückfragen

Dr. Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

M: +43 677-620 44 303

E: krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Danyal Maneka

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 30 11 27 3

E: maneka@diskurs-wissenschaftsnetz.at

W: <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative von Wissenschaftler*innen, die dafür eintritt, dass wissenschaftliche Erkenntnisse ihre Bedeutung für den öffentlichen Diskurs und für politische Entscheidungen (wieder)erlangen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website.